

Presse in Verruf

Ein Ertrinkender soll gerettet werden. Die Feuerwehr rückt mit unzähligen Helfern und Maschinen an. Die Lage für den Erschöpften im See wird mit jeder Sekunde aussichtloser, da entscheidet der Einsatzleiter, es solle Wasser in den Teich gepumpt werden. Alle Helfer kommen dieser Aufforderung nach. Das Ergebnis: Der Ertrinkende stirbt; er stirbt an Erschöpfung, sich über Wasser zu halten.

Im Theaterstück Eurorettung ist der Ertrinkende der Euro; die unzähligen Helfer und Maschinen Regierungen, Räte, Kommissionen, Wirtschaftsprüfer, Sachverständige, Ökonomen, Presse, Justiz und andere Verantwortliche, die aberwitzige Beratungshonorare, Kommissionskosten und die Subventionierung von unzähligen Wirtschaftsinstituten forderten, um Macht zu demonstrieren, das eigene Nest nicht beschmutzen wollten und sich für die eigene Existenz Zeit erkaufen wollten.

Der See aus unserer Geschichte sind alle Euroländer, die mehr oder minder gleichmütig daran glauben, den Euro retten zu können. Ihre Maßnahmen: Alle Hilfen sind Kredite, also Schulden, die durch Schulden getilgt werden sollen. Dabei steht Griechenland an erster Stelle. Den schon zwei bezahlten Tranchen folgten weitere (gerade eben wieder eine) und es werden weitere folgen, sofern die Politik bei dem Wahnsinn bleibt, den sie angezettelt hat. Das senkt die Schulden der Griechen für kurze Zeit, verursacht aber Schulden in den Haushalten der Stützerländer, die sich aber auch seit einigen Jahren nur über Kredite finanzieren. Hinzu kommt: Die Gemeinschaft verstößt damit gegen selbst festgelegte Grundregeln, denn kein Land darf einem anderen finanzielle Hilfe gewähren (so genannte No-Bail-Out-Klausel), ebenso verbotene Staatsfinanzierung durch die Notenbank EZB, es verstößt gegen die Statuten der EZB, Staaten zu finanzieren, Schuldenerlass, was gegen allgemeine Regeln des Bankwesens verstößt und getrickste Haushalte und politikgenehme Berichte der Troika. Der ganze Rummel soll bis 2022 so weitergehen, zumindest, wenn die Politik, die gegenwärtig am Drücker ist, dann noch immer ihr Unwesen treibt.

Es wird schwierig genug werden, dies alles unseren Kindern zu erklären und Menschen für Demokratie haben in etlichen Beiträgen auf den Unsinn dieser Art von Rettung hingewiesen, unter anderem auch, weil es nach Art. 20 Abs. 4 GG Bürgerrecht, sogar Bürgerpflicht ist, Widerstand zu leisten, wenn die Ordnung der Gleichheit, der Freiheit, der Brüderlichkeit, also die Ordnung des Rechtsstaates, der sozial, föderal, und demokratisch sein muss (Art. 20 Abs. 1 GG) gefährdet ist. Aus diesem Grund ist Deutschland eine Republik. Und wir Deutschen mögen unseren Nationalstolz verloren haben (zu Recht), aber wir sollten aus der Geschichte zumindest gelernt haben, dass jedweder Bestrebung, die ebenjene Ordnung gefährden könnte, die aus den Erfahrungen eines sinnlosen Krieges resultierten, zu bekämpfen ist. Leider sehen die Einsatztruppen unseres Landes, trotz aller Möglichkeiten, etwas anderes zu unternehmen, als Wasser in einen See zu pumpen, um einen Ertrinkenden zu retten, nur ebenjene Lösung. Das ist so abscheulich und verdient den Preis für die beste politische Missleistung, der soeben in Oslo zuerkannt wurde.

Das Schlimme ist, dass diese Einsatzleitung lügt. Und als Medium stehen ihr dabei die Medien zur Verfügung, die ein eigenes Denken und Handeln völlig aufgegeben zu haben scheinen.

Es ist sicher immer schwierig, den Wert einer Nachricht zu bewerten. Erfahrung und Sinn stehen im Gegensatz zu eigener Geltung und beruflichem Fortkommen. Der Reiz durch eine Nachricht berühmt zu werden, mag für Reporter und Redakteure gleichermaßen von Interesse sein und es bleibt immer eine Frage der Auffassung der ethischen Grundsätze einer Berufsgruppe, irgendwo zwischen diesen Polen zu entscheiden, welches Thema überhaupt zum Thema wird und welches Thema zu welcher Zeit ins entsprechende Blatt gehoben wird. Auf diese Weise ist der Sache nicht gedient, umfassend zu informieren, Fehler aufzudecken, allein der Wahrhaftigkeit zu dienen, auch wenn diese Fehler birgt, die eingestanden werden müssen und ebenso der Menschenwürde dienlich zu sein, die diejenigen haben, deren Integrität von Amts wegen zu hinterfragen ist und über die berichtet wird; denn dies ist einzig und allein die Aufgabe jener Informierenden.

Berichterstatter und Berichtende entscheiden für ihre Leser; leider fragen sich zu wenige Redakteure nach der Wirkung dieser Nachrichten. Sie entscheiden sich gegen ein Thema, weil sie Ärger fürchten, fürchten, ihren Arbeitsplatz verlieren oder das Ansehen unter den Kollegen – die andere Version ist: Sie entscheiden sich unbedingt für ein Thema, um sich einen Namen zu machen. Das Recht des Journalisten ist es, die per Grundgesetz verbrieft Freiheit des Wortes, des Widerspruchs, der Kritik zu nutzen. Journalisten sind dazu da, die Grundrechte zu wahren und Missstände aufzudecken. Dieser Schutz der Demokratie ist Recht, aber auch Verpflichtung – gegenüber dem Leser, gegenüber der Demokratie. Die Freiheit der Presse wird nicht von Parteien, Politikern, Lobbyisten, Wirtschaftsverbänden, Ämtern, Behörden oder sonst irgendeiner Instanz vergeben; die Freiheit der Presse entspricht dem Mandat des Journalisten, das Grundgesetz zu verteidigen und die Aufgabe von Journalisten besteht darin: Die vom Bürger geliehene Aufgabe, Informationen zu sammeln, zu werten und aktuell zur Verfügung zu stellen und dies nicht im Sinne einer der genannten oder anderen Institutionen, sondern allein als Bürgervertreter. Journalisten haben, wie Politiker auch, treuhänderisch Grundgesetzliches zu wahren. Und aus diesem Grund unterstehen Journalisten allein der Rechtfertigung des Bundesverfassungsgerichts. Und dabei ist indiskutabel, ob eine Nachricht druckbar oder nicht druckbar ist: Die Demokratie spannt einen weiten Bogen, unter dem jede Meinung den passenden Glaubenden finden darf, unter dem jeder Leser das finden darf, was ihm liegt. Allein schon der Versuch, dieses Spektrum einzuschränken, ist verfassungsfeindlich.

Neben der Informationspflicht haben Journalisten auch die Pflicht der Kritik. Diese Kritik ist wesentlicher Gradmesser in der Auseinandersetzung darüber, wie demokratisch eine Demokratie ist.

Kritik darf also nicht unerlaubt sein. Dazu gehören die Beeinflussung von Journalisten, bevor die Beiträge in den Medien landen, ebenso wie die Unterschlagung von Informationen, weil die Aussicht darauf, gedruckt zu werden zu gering ist. Und an dieser Stelle sind wir bei den leitenden Redakteuren angekommen: Den Chefredakteuren, den Blattmachern. Ihre Aufgaben wären die gleichen, wie die der erarbeitenden Schreiber und der wertenden Redakteure; ihre Intention sind leider oft abhängig von wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Interessen. Die Gefahr, diese Aufgabe zugunsten politischer Einflussnahme zur Steigerung der eigenen Bedeutung ist groß; Einfluss auszuüben, einer Partei an die Spitze zu verhelfen oder einer Regierung Ansehen im Volk zu verschaffen, gehört nicht zum Mandat des leitenden Redakteurs, der nichts anderes als ein Journalist ist.

In diesem Sinne ist es also nahezu als Versagen einer gesamten Berufsgruppe zu werten, wenn die Berichterstattung zum Thema Eurorettung nicht als Thema angesehen wird. Abgesehen von wenigen Vorstößen, zumindest teilweise zu berichten, wie die Regierung Merkel, die Regierungen jedes einzelnen Eurolandes versagte und sich als hilfloser Helfer erwies, wird hoffentlich als einmaliges Beispiel eines Massenversagens in die Geschichte eingehen. Alle daran beteiligten Journalisten werden sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, weshalb sie nicht deutlich eher von der Aussichtslosigkeit der Rettung des Euro berichtet haben, sondern so lange warteten bis keinerlei Rettung mehr möglich ist. Sie haben damit, ebenso wie die Politik, gegen das Mandat des Volksvertreters verstoßen und unrechte Politik gemacht, anstatt ihrer Arbeit nachzukommen, darüber zu informieren, was Politik tut bzw. nicht tut und tun sollte.

Wenn der Euro also ertrunken im See Europa liegen wird, wird sich die Presse aufschwingen, darüber zu berichten, wird Schuldige suchen, wird urteilen. Doch sie wird wohl nicht selbstkritisch genug sein, einzusehen, wie hoch der eigene Anteil an der Schuld war. Wir werden dies sehen.

Und jetzt schon sehen wir am Beispiel der [Wirtschaftswoche \(Nr. 47, vom 19.11.12\)](#) oder auch des [Focus money \(Nr. 47, vom 14.11.12\)](#), in dem Thilo Sarrazin als Ex-Bundesbanker von „Gefühliges Europa-Duselei“ spricht, aber unmittelbare Schuld als SPD-Mitglied (die SPD machte die Abstimmungen, aus der die Krise entstand, mehrheitsfähig) nicht zuweist, wie Journalismus in Zeiten der Krise funktioniert: Der Wirtschaft, die durch die Schuldenpolitik der Versagerclique zu einem Verein von Bankrotteuren verkommen ist, zieht die Reißleine und lässt kolportieren: Der Euro ist am Ende.

Eine Nachricht, die seit zwei Jahren zu berichten gewesen wäre, aber eben erst jetzt eine Nachricht sein durfte, die erscheinen durfte.

Sehen wir uns die Sache näher an: Diese Nachricht ist keine Nachricht für einen Leser. Sie richtet sich an diese Regierung und sie sagt ihr: Die Wirtschaft wird ein totales Zusammenbrechen der Währung nicht dulden und diese Regierung, die weiterhin dafür arbeitet, wird von der Wirtschaft nicht geduldet werden ab dem Moment, in dem der Crash immer näher rückt. Es ist eine Schande, dass Journalisten offenbar nach Vorgaben drucken.

Dafür vergeben wir die Bombe der Woche. Und wir wünschen allen Verantwortlichen, die sich den Politmaulkorb anlegen ließen und ihn trugen, ein Gewissen!

Menschen für Demokratie finden, diese Bombe ist ebenso gut bei denen aufgehoben, die in Ministerien, Wirtschaftsprüferbüros, Wirtschaftsverbänden, Akademien, Hochschulen, Universitäten und sonstigen Einrichtungen Honorare für falsche Bilanzen, geschönte Berichte annahmen, sich den Mund verbieten ließen, anstatt die Wahrheit zu sagen bzw. zu schreiben. Auch der Erhalt der Existenz rechtfertigt in keinster Weise, dass Millionen Menschen in Europa ohne Rücksicht auf deren Existenz geschädigt wurden. Das betrifft die stützenden Länder, die haften; das betrifft die Stützerländer, die sich an Garantien und Haftungen, aber auch über entsprechende Anteile an Stützungen der EZB für die gestützten Länder zusätzlich und deren Bankenrettung zu beteiligen haben. Wir rufen all denen zu: Ihr seid das Wasser, das in den See Europa gepumpt wurde; das führte zwei Jahre lang zu einem höheren Wasserstand, der Kontrolle und der Korrektur der Krise diente es nicht. Und sollte es je ein Tribunal geben, das diejenigen zur Verantwortung zieht: Menschen für Demo-kratie sagen aus!